

## THEMA

BIODIVERSITÄT

# Mit Vielfalt gegen Pandemien

Joël Adami

**Die EU will die Artenvielfalt in Europa künftig besser schützen und fördern – auch, weil das hilft, Pandemien zu vermeiden. Doch der vielzitierte Systemwechsel bleibt dabei auf der Strecke.**

Letzte Woche veröffentlichte die EU-Kommission ihre neue Biodiversitätsstrategie, die Teil des „Green Deal“ werden soll. Die teilweise ehrgeizigen Ziele sind als Antwort auf den Bericht des Weltbiodiversitätsrates und der erstarkten Umweltbewegung zu verstehen. Ein besserer Schutz der Artenvielfalt kann auch vor künftigen Pandemien schützen, wie einer der Hauptverantwortlichen des Berichtes diese Woche bei einer Konferenz des Mouvement écologique betonte. Doch wie grün ist die neue EU-Strategie wirklich und welche Auswirkungen wird sie auf Luxemburg haben?

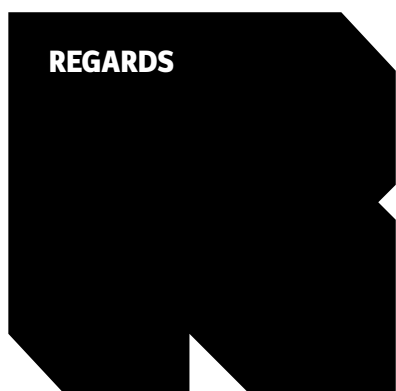
Der Bericht der Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) zeigte bei seiner Veröffentlichung im Mai 2019 deutlich, was der menschliche Einfluss auf die Biodiversität ist: Eine Million Arten sind weltweit vom Aussterben bedroht, täglich verschwinden 180 Arten. Die Hauptgründe sind die Nutzung der Böden und Meere, die direkte Ausbeutung der Arten, wie Überfischung, der Klimawandel, die Umweltverschmutzung und die Zunahme invasiver Arten. Die Wissenschaftler\*innen forderten einen Systemwechsel. In Luxemburg schlossen sich Naturschutzorganisationen und naturwissenschaftliche Vereinigungen der Botschaft an: Nicht nur vereinzelte Maßnahmen seien nötig, sondern ein kompletter Wandel des Wirtschaftssystems.

Am 20. Mai stellte die EU-Kommission gleich zwei Strategien vor,

die den „Green Deal“ mit Leben erfüllen sollen. Neben der „Farm-to-Fork“-Strategie für die Landwirtschaft eben auch die Biodiversitätsstrategie, die mit den Worten „Mehr Raum für die Natur in unseren Leben“ unterteilt ist. Gleich auf den ersten Seiten wird der IPBES-Bericht zitiert – die neue Strategie ist also durchaus eine Antwort auf den Aufschrei der Wissenschaftler\*innen. Sie ist aber auch eine Vorbereitung für die 15. UN-Biodiversitätskonferenz, die alle zwei Jahre stattfindet und im Oktober in der chinesischen Millionenstadt Kunming abgehalten werden soll. Die Strategie der EU soll dort als gutes Beispiel dienen – und möglicherweise verhindern, dass noch progressivere Vorschläge aufwind kriegen.

## Der Natur mehr Raum geben

Die Ziele, die in dem Vorschlag der Kommission formuliert werden, wirken durchaus ambitioniert: Jeweils 30 Prozent der Land- und Meeresflächen sollen geschützt werden, 10 Prozent sollen unter strengen Schutz kommen. Derzeit sind nur drei Prozent der Landflächen und ein Prozent des Meeres der EU streng geschützt – speziell geht es um Gebiete, die eine sehr hohe Biodiversität aufweisen. Bis 2030 sollen drei Milliarden neue Bäume gepflanzt und Forstdirektiven überarbeitet werden. Mindestens 25.000 Kilometer Flüsse sollen laut Wunsch der Kommission wieder ihren natürlichen Lauf erhalten, inklusive Überschwemmungsgebiete. Bestäuberinsekten und andere Tiere sollen besser geschützt werden; die Zahl der Arten auf der Roten Liste, die von invasiven Arten bedroht werden, soll um die Hälfte zurückgehen.



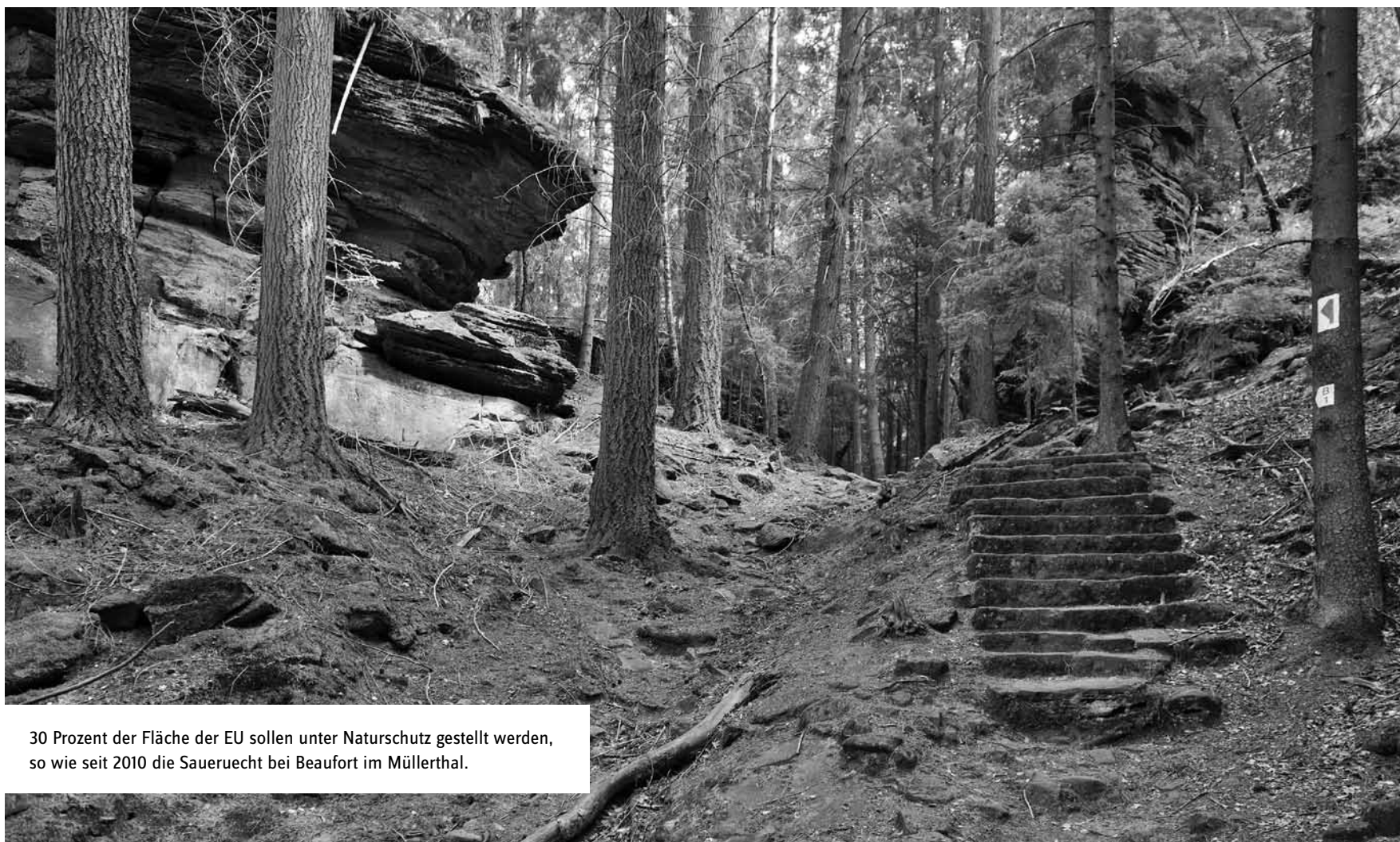


FOTO: CC-BY-SA WIKIMEDIA/CAYAMBE/CLAUDE MEISCH

30 Prozent der Fläche der EU sollen unter Naturschutz gestellt werden, so wie seit 2010 die Saueruecht bei Beaufort im Müllerthal.

Ein Viertel der landwirtschaftlichen Fläche in der EU soll biologisch bewirtschaftet werden, ein Zehntel der Fläche soll eine hohe biologische Vielfalt aufweisen und der Einsatz chemischer und gefährlicher Pestizide um die Hälfte verringert werden. Naturschutz und Landwirtschaftspolitik werden also zumindest ansatzweise gleichzeitig gedacht. Auch wenn es zwei verschiedene Strategiepapiere gibt, so verweisen sie dennoch aufeinander.

### Bienenschutz gegen Viren

Alle Ziele sollen bis 2030 umgesetzt sein, weshalb die Kommission einen recht straffen Zeitplan erarbeitet hat: bis Ende 2021 sollen alle Kriterien und Leitlinien stehen und nur zwei Jahre später sollen die Mitgliedstaaten schon „erhebliche Fortschritte bei der gesetzlichen Ausweisung neuer Schutzgebiete und der Integration ökologischer Korridore“ nachweisen. 2024 will die Kommission nämlich bereits überprüfen, ob nicht noch nachgeschärft werden muss.

In dem Strategiepapier bezieht sich die Kommission immer wieder auf die Covid-19-Pandemie. Unter anderem auf die Tatsache, dass die massiven menschlichen Eingriffe in die natürliche Umwelt ein Grund da-

für sind, dass sich bisher unbekannte Erreger von Tieren auf den Menschen übertragen können. Dieser Fakt war am vergangenen Montag ebenfalls das Thema einer digitalen Konferenz, die der Méco organisiert hatte. Josef Settele, der als Co-Chair mitverantwortlich für den IPBES-Bericht war, erklärte, dass 70 Prozent neuer Krankheiten ihren Ursprung in wilden Tieren haben. Die Zerstörung von Wildnis trage maßgeblich dazu bei, dass diese Krankheiten irgendwann beim Menschen landeten – bereits seit Jahren warnen Wissenschaftler\*innen vor einer Pandemie, die so ausgelöst wird.

Settele zeigte sich vorsichtig optimistisch über die EU-Biodiversitätsstrategie: „Ich fand das ganz erstaunlich, das hätte ich in diesem Ausmaß nicht erwartet.“ Blanche Weber vom Méco zeigte sich bei der Diskussion jedoch nicht so begeistert, sie vermisse einen echten Systemwechsel und eine Abkehr vom wirtschaftlichen Wachstumsdiktat. Die NGO Natur an Umwelt zeigte sich jedoch sehr erfreut und nannte die Strategien „Ein Plan um die Welt zu retten“. Die EU könne damit tatsächlich eine globale Vorreiterrolle beim Naturschutz einnehmen: „Diese beiden Strategien beherbergen das Potential den Verlauf unserer planetaren Krisen nachhaltig zu

verändern. Dies geht jedoch nur mit der Unterstützung und der Umsetzung durch die 27 Mitgliedstaaten“, hieß es von der Naturschutz-NGO in einer Pressemitteilung.

### Naturschutz für die Wirtschaft

Die luxemburgische Regierung kann den neuen EU-Zielen recht gelassen entgegenblicken: Rund 32 Prozent der Landesfläche sind Natura 2000-Schutzgebiete und etwa 3 Prozent sind strenger geschützte nationale Naturschutzgebiete – weitere Gebiete sind in der Prozedur, um ausgewiesen zu werden. Mit dem Glyphosatverbot und dem Pestizid-Aktionsplan dürfte Luxemburg auch bei den Musterschüler\*innen in der EU sein. Für die Biolandschaft liegt das nationale Ziel bei 20 Prozent bis 2025 – sollte das wirklich erreicht werden, könnten fünf weitere Prozentpunkte bis 2030 leicht zu realisieren sein.

Ein Punkt könnte allerdings den luxemburgischen Finanzplatz, der immer wieder gerne als grünes Vorzeigemodell präsentiert wird, hart treffen: Es soll eine EU-Taxonomie für ein nachhaltiges Finanzwesen erstellt werden. Das könnte bedeuten, dass zukünftig einige Fonds ihr grünes Label verlieren, wenn die europäischen

Regeln strenger wären als jene, die sich der luxemburgische Finanzplatz aktuell selbst gibt.

Die EU-Biodiversitätsstrategie mag ambitionierte Ziele stecken, aber ein wirklicher Paradigmenwechsel oder gar der vielgeforderte „System Change“ lässt sich nicht herauslesen. Vielmehr argumentiert die Kommission bei so gut wie jedem Punkt, warum Naturschutz auch der Wirtschaft helfen würde. Die Erhaltung der Fischbestände würde jährlich 49 Milliarden Euro für die Fischereiindustrie einbringen, der Schutz von Küstenfeuchtgebieten erspare der Versicherungsbranche sogar 50 Milliarden im Jahr. Unter dem Motto „Business for Biodiversity“ sollen auch private Gelder für den Naturschutz lukriert werden.

Zwar beruft man sich auf das Verursacher\*innenprinzip, allerdings wird schnell klar, dass für die meisten Umweltschäden, die in der Vergangenheit getätigt wurden, die europäische Allgemeinheit aufkommen muss – und nicht etwa jene Industrien, die dafür verantwortlich sind. Der Eindruck, dass lediglich das getan wird, was auch gut für das Geschäft ist, bleibt. Da können wir nur von Glück reden, dass Pandemien schlecht für die Wirtschaftsleistung sind.